Beiträge zur Wedeler Stadtgeschichte

Band 10

"Der Schrecken von Wedel" und andere bemerkenswerte Geschichten

Vortragsreihe des Stadtarchivs Wedel

Dr. Thies Bitterling, Dr. Carsten Dürkob, Dr. Arno Schöppe,
Jürgen P. Strohsal, Günther Wilke

800 Jahre Wedel aus sozialer Sicht

von Günther Wilke

[1]Der Dichter Bert Brecht stellte seinem Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ dem herrschenden Geschichtsbild eine andere Betrachtung gegenüber. Er schrieb:.

Wer baute das siebentorige Theben ?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon –
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern des Goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute? Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war,
die Maurer ? Das große Rom
ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Hatte das vielbesungene Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner ? Selbst in dem Sagenhaften Atlantis
Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein ?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegesschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann. Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte.
So viele Fragen.

Die Stadt Wedel ist zu Recht stolz darauf, dass hier Persönlichkeiten geboren wurden und gelebt haben, die in Deutschland und weit darüber hinaus Geschichte geschrieben haben wie der Dichter-Pastor Johann Rist, der sich um die deutsche Sprache verdient gemacht hat und dessen Choräle noch immer in Gottesdiensten gesungen werden und Ernst Barlach, der große Bildhauer und Dichter, der von den Nazis verboten und verfolgt und schließlich in den Tod getrieben wurde. Aus Sicht der Arbeiterbewegung gehört noch eine Persönlichkeit dazu, die nur einen Steinwurf vom Geburtshaus Barlachs am 11. September 1851 im heutigen Freihof am Marktplatz beim Roland das Licht der Welt erblickte: Hermann Molkenbuhr. Er war nach Wikepedia eine der prägenden Persönlichkeiten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, gehörte zu den Pionieren der Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei in

1 Die Rede wurde erstmalig auf dem Arbeitnehmerempfang der Stadt Wedel am 12. April 2012 gehalten und dann im Rahmen der Vortragsreihe des Stadtarchivs wiederholt.

Deutschland. Nach ihm ist in Wedel eine Straße benannt worden. Auf Initiative des Stadtarchivs wurden zum Andenken an ihn am und im Freihof zwei Tafeln angebracht, die auf sein Wirken hinweisen. Molkenbuhr, der während der Industrialisierung in einem typischen Proletariermilieu aufwuchs, war bis zu seinem Tode im Jahre 1925 ein bedeutender Sozialpolitiker. Begraben liegt er auf dem Ehrenfriedhof der Sozialisten in Berlin-Lichterfelde ganz nahe der Gräber von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an deren Ermordung durch Freikorpskämpfer alljährlich im Januar mit großen Demonstrationen gedacht wird. Am Rande sei erwähnt, dass Molkenbuhr Klassenkamerad des späteren Erfinders und Firmengründers Johann Diedrich Möller war. Über ihn schrieb Molkenbuhr in seinen Erinnerungen: „Als Zeichner war der Webersohn Diedrich Möller ein Vorbild. Selbst mit dicker Kreide konnte er recht gute Bilder zeichnen. Eine sichere Hand hatte er unzweifelhaft, denn als Mann wurde er ein Künstler im Anfertigen mikroskopischer Präparate.“ Auch Molkenbuhrs politische Richtung als herausragender Sozialpolitiker wird in diesen Erinnerungen schon deutlich, denn an die Seite Möllers stellte er Marie Schaumann, ein Mädchen aus dem Wedeler Armenhaus. Sie war die Musterschülerin der Klasse. Molkenbuhr schrieb: „Nicht allein, dass sie in der deutschen Sprache Hervorragendes geleistet hätte, wenn nicht Bauern über die Zukunft dieses Mädchens zu bestimmen gehabt hätten. Sie hatte große Neigung zum Lehren. Aber nach dem hergebrachten

Hermann Molkenbuhr - Pionier der deutschen Arbeiterbewegung

Brauch hatten Mädchen aus dem Armenhaus nur das Los, Dienstmädchen zu werden.“ Ein Armenhaus stand bis zum Bombenangriff am 3. März 1943 in der Gärtnerstraße. Auf einem Areal von 3,8 Hektar gab es einen Obst- und Gemüsegarten, Hühner und Schweine. Die dort untergebrachten Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht allein verdienen konnten, mussten Arbeiten verrichten wie Fußmatten flechten, Wäscheklammern und Holzpantinen herstellen, Spinnen, Spulen und Schwefelhölzer fertigen. Kinder ab 12 Jahren wurden vom Ökonomen in den Dienst gegeben. Dafür erhielten sie kostenloses Mittagessen, das nach den Richtlinien nicht besser sein durfte als das der Tagelöhner. Arbeitslose hatten keine Chance, im Armenhaus aufgenommen zu werden, weil sie, wie es hieß, imstande wären, sich durch eigene Mittel oder Arbeit ihren notdürftigen Lebensunterhalt zu verdienen.

Wenn ich in meinem heutigen Vortrag die Frage von Bert Brecht aufgreife und aus der Perspektive von unten die lokale Geschichte beleuchte, so mögen meine Ausführungen als Ergänzung betrachtet werden. Es soll nicht versucht werden, Molkenbuhr mit Barlach zu vergleichen. Zwar wäre es spannend, auch Barlach aus der Sicht der Arbeiterbewegung zu betrachten. Immerhin hat er selbst an sich den Anspruch gestellt, ein Künstler des Volkes zu sein. In einem Brief an einen Freund schrieb er: „Ich sage sehr oft, ich wünschte, das schaffen zu können, was den Besten der Zeit, aber auch der Köchin einleuchtet.“ Barlachs künstlerische Botschaft, so können wir feststellen, ist von den arbeitenden Menschen durchaus verstanden worden, nur nicht von den Nazis, die den heldischen Typ dargestellt sehen wollten und nicht etwa die trauernde Mutter mit ihrem Kind als Mahnmal gegen den Krieg am Hamburger Rathaus. Deshalb wurden Barlachs Werke aus dem Bild der Öffentlichkeit entfernt und der Künstler verfemt. Es ist daher besonders notwendig, dass sich die Geburtsstadt seiner erinnert.

Wichtig ist aber auch, lokale Geschichte aus Sicht der großen Mehrheit der Bevölkerung zu beleuchten, also der namenlosen Arbeiter und Angestellten, jener Klasse, die mit der kapitalistischen Produktionsweise entstand und sich alle ihre Rechte erst schwer erkämpfen musste.

Zum Begriff „sozial“ ist zunächst zu sagen, dass er eine historische Kategorie ist. Er entstand mit dem Kapitalismus und wird mit ihm verschwinden, meinte der Sozialist

Hermann Molkenbuhr. Es war die Arbeiterschaft selbst, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Schritt um Schritt ihre elementarsten Rechte durchsetzen musste. In einer sicherlich unverdächtigen geschichtlichen Abhandlung des Bundesministeriums für Arbeit heißt es über diese Zeit: „Vor allem für die deutsche Arbeiterschaft gab es noch keine Absicherung gegen die Not oder die innerbetriebliche Fürsorge der Großindustrie. Diese reichten ebenso wenig aus wie Unterstützungsleistungen der Städte und Kommunen (also Armenpflege und Armenfürsorge)“.

Im Zuge der Industrialisierung entstanden Mitte des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland zuerst in der Textil- und der Metallbranche, später auch in anderen Bereichen der Produktion Großbetriebe, die massenhaft Arbeitskräfte benötigten. Es vollzog sich eine riesige Völkerwanderung aus den agrarischen Teilen Deutschlands in die neu entstehenden Industriezentren. Hintergrund dieser umwälzenden Veränderungen bildete die erste industrielle Revolution. Speziell mit der Entwicklung der Dampfmaschine ergab sich eine bahnbrechende Dynamik. Für die Fabrikherren, Besitzer der Produktionsmittel, waren die Arbeiter in erster Linie Lohnsklaven, ehe sie nach immer häufigeren und kraftvolleren Streiks als selbstbewusster werdende Subjekte wahrgenommen wurden, die erbittert um die Verbesserung seiner Lebensbedingungen und menschenwürdige Arbeitszeiten kämpften. Dem Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr verdanken wir Lebenserinnerungen an die ersten 30 Jahre seines Lebens zwischen 1854 bis 1884, in dem er aufschrieb, wie sich vor seiner Haustür der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft vollzog. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der neuen Klasse der Lohnarbeiter waren katastrophal. Hermann Molkenbuhr hat sie bereits als Kinderarbeiter miterlebt. Der spätere Arbeiterführer und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete beschrieb im Kapitel „Meine Kindheit in Wedel“ die unvorstellbare Armut des größten Teils der Menschen. Gedacht waren die Lebenserinnerungen offensichtlich für eine Buchveröffentlichung. Leider blieben sie ein Fragment. Die politische Arbeit, vor allem seine Tätigkeit als Abgeordneter des Reichstages, ließen ihm nicht mehr genügend Zeit. Dennoch sind sie von unschätzbarem Wert, gibt es doch nur ganz wenige Zeugnisse dieser Art. Welcher Arbeiter konnte so schreiben und wer hat das getan? Am eigenen Beispiel machte Mol-

kenbuhr deutlich, wie die arbeitenden Menschen gelebt, gedacht und gehandelt haben. Er beschrieb die sozialen Verhältnisse, das Elend der Lohnarbeiter, aber auch die Gründung der Gewerkschaften und ihren Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen. Der Autor Bernd Braun hat daraus zwei Bücher gemacht, die erst 1999 und 2000 veröffentlicht wurden.

Molkenbuhrs Vater übte den Beruf des Schneiders aus, die Mutter, eine geborene Biesterfeld, führte am Wedeler Marktplatz unter den Räumen einer Bierbrauerei einen kleinen Kolonialwarenhandel. Vom gemeinsamen Einkommen konnten Vater, Mutter und drei Söhne nur knapp leben, denn Ende der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte die erste große Arbeitslosigkeit eingesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen überstieg die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze. Es gab keine Arbeitslosen- und keine Krankenversicherung für Arbeiter. So musste eine kleine Händlerin vor allem in der letzten Hälfte des Monats viel und oft borgen. Die Menschen waren dazu gezwungen, beim Kaufmann anschreiben zu lassen, wie sich das Schuldenmachen nannte. Bezahlt wurde gewöhnlich am Monatsende, aber immer häufiger kam es vor, dass die gutmütige Mutter Molkenbuhr ihr Geld nie wieder sah. Ihr Umsatz ging so rapide zurück, dass ihr Geschäft schließlich pleite ging. Die Familie zog nach Ottensen um, wo sie eine Wohnung in einem heruntergekommenen Haus bezog. Der Hausbesitzer machte aus ursprünglich vier nicht weniger als elf Wohnungen. Darüber hinaus, so Molkenbuhr, wohnten dort nicht nur Menschen, sondern auch viele Kakerlaken. Der Junge sehnte sich oft nach Wedel zurück, wo wenigstens die Wohnverhältnisse erträglich waren und die drei Söhne eine, wenn auch bescheidene Schulbildung erhielten. In Ottensen aber gab es Arbeit für die Eltern und ihre drei Söhne. Der Hunger zwang die Familie, die Arbeitskraft ihrer Kinder an die Fabrikherren zu verkaufen. „Es gab Tage, an denen es nichts Essbares mehr zuhause gab“, schilderte Molkenbuhr. Kinderarbeit war zu dieser Zeit obligatorisch und per Gesetz des preußischen Staates legal. Nur das Alter der Kinder wurde nach und nach heraufgesetzt. Gab es zunächst keine Beschränkung des Alters, so verfügte die erste Reform des Gesetzes über die Kinderarbeit in Preußen wörtlich folgendes: „Kinder sollen künftig in Fabriken und Bergwerk nur dann regelmäßig beschäftigt werden, wenn sie das reife Alter von neun Jahren erreicht haben. Nacht-,

Sonntags- und Feiertagsarbeit sind verboten.“ 1853 wurde die Altersbeschränkung in einer Gesetzesnovelle auf 12 Jahre angehoben, was aber wie im Fall Molkenbuhr nicht selten zugunsten des Kapitalisten ausgelegt wurde. Die Arbeitszeit für Kinder bis zum 16. Lebensjahr war auf zehn Stunden festgelegt.

Hermann Molkenbuhr war noch keine zwölf Jahre alt, als er und sein Bruder Wilhelm in der Ottensener Zichorienfabrik arbeiten mussten. Der ältere Bruder Hinrich in einer Cigarrenfabrik, wo in der Regel am besten bezahlt wurde. Zum Verständnis: Zichorien sind Pflanzen, die gemahlen und geröstet zu Kaffee-Ersatz verarbeitet wurden. Meine Frau und ich haben das noch in unserer Kindheit im Zweiten Weltkrieg kennen gelernt und Zichorienkaffee, so genannten „Muggefuck“ getrunken. Die Arbeitszeit des Zwölfjährigen ging von morgens um 6 Uhr bis nachmittags um 4.30 Uhr. „Das Tagesprogramm für fünf Knaben war 5000 Pakete zu packen. Waren diese abgeliefert, mussten die Knaben ihr Werkzeug – Schippe, Formen, Tüten und Stampfkasten – reinigen und konnten gehen. Die Aufsicht im Loch hatte ein zum Sadismus neigender pickliger Schneider" so berichtet Molkenbuhr. Seine Strafarten waren an den Ohren reißen, bis das Blut am Hals herunter lief, Schläge mit Rohrstock und Teertau.“ Am Ende des Arbeitstages hatten die Kinder noch eine „Abendschule für die in Fabriken arbeitenden Kinder“ zu besuchen. Molkenbuhr vermisste seinen Wedeler Schullehrer, obwohl auch dieser die religiöse Erziehung über das Einmaleins und die Grundrechenarten stellte. Der Unterricht in der Abendschule begann mit einer Stunde und 15 Minuten Religionsunterricht. „Bet und arbeit ruft die Welt, bete kurz, denn Zeit ist Geld“, hatte der Dichter Georg Herwegh ironisch geschrieben. Molkenbuhr nannte es in seinen Erinnerungen anders: „Bet und entbehre.“

Die industrielle Entwicklung hatte in Wedel, Schulau und Spitzerdorf nicht anders begonnen als in der Großstadt, obwohl, was die Gründung von Fabriken betraf, langsamer. Um 1850 war hier die Heimarbeit weit verbreitet. Ging man an Winterabenden durch die Quartiere, in denen Arbeiter und Tagelöhner wohnten, hörte man draußen das Surren der Spinnräder in den Stuben, schrieb die Zeitung „Hamburger Correspondent“. So genannte Verleger, die für Textilfabriken arbeiten ließen, beschäftigten bis zu 500 Heimfabrikanten. Der größte Verleger war J.P. Stoppel, für den Arbeiter in

Pinneberg, Wedel, Holm, Itzehoe, Kremperheide, Rendsburg, Tönning und Südholstein tätig waren. Er wurde später von einem noch größeren verdrängt, dem geschäftstüchtigen Hamburger Johann Daniel Lawaetz, der sich rühmte, ein Wohltäter zu sein, weil er auch Bewohner der Armenanstalten beschäftigte. Hinzu kam die Segelmanufaktur von Lübbe, die 50 Spinner beschäftigte. Außerdem bestand in Schulau eine Zichorienfabrik, die 1833 nach einer in der Zeitung „Hamburger Correspondent" veröffentlichten Statistik 4 Arbeiter, 13 Tagelöhner und drei Knaben beschäftigte.

Die ersten Auseinandersetzungen zwischen Verlegern und Spinnern gab es, als Unternehmen Lohnkürzungen vornahmen. Wir kennen alle den Aufstand der schlesischen Weber von 1846, die ihre Spinnräder und Webstühle zerstörten, weil sie in ihnen die Ursache der schlimmsten Ausbeutung sahen. Immer mehr breitete sich auch die Entlohnung in Naturalien aus. Streiks und Unruhen waren die Folge. Ob es auch in Wedel, Schulau und Spitzerdorf zu Ausschreitungen kam, wissen wir nicht, müssen aber davon ausgehen, denn das Streben der Unternehmer, ihren Profit mittels Lohnkürzungen, Kinderarbeit und Ausdehnung der Arbeitszeit in die Höhe zu treiben, war allgemein, konnte aber nicht widerstandslos erfolgen. „Wir brauchen Gewerkschaften nach englischem Vorbild", sagten Hermann Molkenbuhr und seine Kollegen. Aber erst musste das Koalitionsrecht erkämpft werden, das nach langen Kämpfen 1869 zugestanden wurde. Molkenbuhr dachte viel über die Rolle der Gewerkschaften nach. Sie müssten von den Parteien unabhängig sein, sagte er. Ihre Aufgabe sei die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Revolution sei das Thema der Sozialisten, schrieb Molkenbuhr. Der Sozialpolitiker war ein Vorkämpfer des Streikrechts, denn der Streik sei die einzige Waffe der Arbeiter in den Betrieben. Zu dieser Zeit aber war Streik in Preußen noch verboten. Es gab auch keine Unterstützungsfonds für streikende Arbeiter. Im Stadtarchiv Wedel finden sich Dokumente aus der Zeit des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes, in denen Polizeisergeanten und verdeckte Spitzel Arbeiterversammlungen beobachteten. Die Polizei unterstand dem Bürgermeister. Deshalb haben sich die Dokumente im Stadtarchiv erhalten. So finden wir zum Beispiel einen Bericht über eine öffentliche Versammlung am 11. Oktober 1895 , in der ein Referent mitteilte, dass allein im Jahre 1894 von deutschen Gerich-

Entrechtete!
Arbeiter! Parteigenossen!
Auf zum Protest
gegen die Polizeiherrschaft im Dreiklassenparlament!
Donnerstag, 16. Mai, nachm. 3½ Uhr:
Volks-Versammlung
in Wedel, „Stadt Hamburg", Inh.: A. Holm.
Tagesordnung:
Die Polizeifaust im Junkerparlament
Erscheint in Massen!
Es gilt, gegen die rohe Gewalt zu protestieren!
Verlag: Emil Eilken in Ottensen.
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg

Für ein allgemeines Wahlrecht

ten 261 Arbeiter wegen Beteiligung an Streiks zu insgesamt 48 Jahren, 5 Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden seien. Unter Polizeiaufsicht wurden auch Veranstaltungen von Arbeitervereinen gestellt, denn im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts entstanden nicht nur Gewerkschaften sondern auch unterschiedliche Arbeitervereine. So gab es in Wedel und Schulau den Arbeiter-Gesangverein Vorwärts, einen Arbeiter- Turn- und Sportverein und einen Arbeiterbildungsverein, der sich nach dem Polizeibericht über das Jahr 1896 einmal im Monat traf. Molkenbuhr berichtete: „Es gab ein Drängen nach Erkenntnis und nach Brot." Die Kapitalisten indessen unternahmen alles, die Arbeiterbildungsvereine zu unterdrücken. Es sei für die Lehrlinge geradezu bedenklich, ohne Weiteres Bücher in die Hand zu bekommen schrieben sie, „denn die Lehrlinge würden mit großer Wahrscheinlichkeit ihre Tätigkeit vernachlässigen." Molkenbuhr war dagegen dem Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht gefolgt, der auf dem Stiftungsfest der Arbeiterbildungsvereine 1872 in Dresden den denkwürdigen Satz aussprach: „Wissen ist Macht. Macht ist Wissen." Molkenbuhr berichtet, er habe das Kommunistische Manifest von Marx und Engels gelesen, Heinrich Heines Werke, den Gesellschaftsvertrag von Rousseau und Johann Gottlieb Fichtes Rede an die deutsche Nation. Heines Buch der Lieder hätte ihn begeistert und auch sein Repertoire für Rezitationen bereichert.

Einen Aufschwung bekam die Arbeiterbewegung durch die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ADAV. Am 19. März 1865 entstand der erste Ortsverband des ADAV in Pinneberg. Als Ziele wurden genannt: Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen der Arbeiter und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Von diesem Wahlrecht erhoffte sich Ferdinand Lassalle die Lösung aller sozialen Probleme. Die ersten Gewerkschaftsgründungen erfolgten 1869 in Pinneberg als Reaktion auf die stürmische kapitalistische Entwicklung. 1871/72 gab es in Deutschland bereits 780 Aktiengesellschaften und 49 Banken. Die Lage der arbeitenden Menschen verbesserte sich nur langsam. Außer gegen eine hemmungslose Ausbeutung hatten die Arbeiter noch mit Preistreibereien und Wohnungsnot zu tun.

Im Jahr 1869 wurde in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei gegründet, der sich Molkenbuhr 1872 anschloss. Die preußische Regierung antwortete auf die Parteigründung mit Hochverratsprozessen gegen die Führer der Sozialdemokratie. Vom 11. bis 26. März 1872 zum Beispiel 1872 fand vor dem Schwurgericht in Leipzig ein Gerichtsverfahren gegen August Bebel, August Hepner und Wilhelm Liebknecht statt. Bebel und Liebknecht wurden zu je zwei Jahren Festungshaft verurteilt, Hepner wurde freigesprochen. Molkenbuhr wurde in einem anderen Prozess zu vier Monaten Festungshaft verurteilt. Aber auch Verfolgung durch Polizei und Justiz konnte den Kampf der Arbeiter nicht stoppen. Allein 1872 gab es in Deutschland 250 Streiks. Unter anderen legten in Hamburg und Altona 1300 Schneider und 2000 Tischler die Arbeit nieder. Reichskanzler Bismarck reagierte auf diese Aktionen mit einer zweigleisigen Strategie. Einerseits erließ er Sozialgesetze, die die Arbeiterschaft an den Staat binden sollten, andererseits unterdrückte er die Arbeiter mit äußerster Strenge. Mit den Sozialgesetzen will er nur eine Revolution verhindern, schrieb Molkenbuhr. Dennoch begrüßte er das 1883 vom Reichstag beschlossene Gesetz über die staatliche Krankenversicherung, die Invaliden- und Altersversicherung. Zusätzlich forderte er eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Ultralinke in der Partei lehnten das ab, weil damit eingeräumt würde, dass Arbeitslosigkeit normal sei. Aber Molkenbuhr verfolgte seinen Plan weiter, der schließlich auch zum Erfolg führte. Der erste Entwurf für eine Arbeits-

losenversicherung, der 1902 im Reichstag vorgelegt wurde, stammte aus seiner Feder. Die andere Strategie Bismarcks drückte sich im „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, dem so genannten „Sozialistengesetz“ aus, das auch im kleinen Wedel und in den Dörfern Schulau und Spitzerdorf mit Genauigkeit und Strenge angewendet wurde. Alle Versammlungen wurden von Polizeisergeanten und verdeckten Spitzeln beobachtet. Sogar die Bahnkontrolleure wurden aufgefordert, Meldungen zu machen, wenn sie in den Zügen Fahrgäste entdeckten, „die den Bestrebungen der Sozialdemokraten zuneigen oder gar förderlich sind.“ Auf einer Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei bei Ramcke in Spitzerdorf wurde zum Beispiel eine Fahne beschlagnahmt, auf der einzig das Wort Gerechtigkeit stand. Die Länge der Fahne ist mit 1,90 Meter und die Breite mit 1,15 Meter angegeben. Über solche Vorkommnisse gibt es im Stadtarchiv Wedel eine Auswahl an Berichten und Dokumenten. In seinen Erinnerungen berichtete Molkenbuhr von einem privaten Besuch beim Gemeindevogt Körner in Schulau, einem Freund seines Vaters, der ihn beim Kaffee warnte: „Junge, nimm dich in acht, dass du nicht gefasst wirst. Es wird streng nach euch gefahndet.“ Als ich bezweifelte, dass man uns etwas anhaben könne, weil wir doch die Gesetze kennen und achten, sagte er: „Auf die Gesetze kommt es nicht an. Da kommen Verfügungen von der Regierung und vom Landrat, die bezwecken, die Agitation unmöglich zu machen.“ Ich war begierig zu wissen, was denn in diesen Verfügungen stehe. Da ging er in sein Amtszimmer und holte ein Aktenbündel, übergab es mir und sagte: “Da, lies es selbst.“ In der Akte befanden sich, fein säuberlich geordnet, Personalakten der Redner und Instruktionen, wie man Versammlungen im Voraus verbieten und auflösen könne. Herangezogen wurden sogar dänische Verordnungen, obwohl die dänische Besetzung längst Vergangenheit war. Molkenbuhr bekam zu seiner großen Verwunderung seinen eigenen Steckbrief aus dem Jahre 1878 zu lesen. Da waren neben den Personendaten auch Angaben zu Körpergröße, Augenfarbe, Angaben zu Nase und Mund aufgeführt, sowie dass er einen stark dunklen Schnurrbart trage, gesunde Zähne und ein hervorstechendes Kinn habe, hoch- und plattdeutsch sprechen könne.

Dass dieser Steckbrief mit Bedacht angefertigt wurde, zeigte sich 1881 als Molken-

buhr auf der Grundlage des Paragrafen 28 des Gesetzes aus Hamburg und dem nördlichen Teil Preußens ausgewiesen wurde. Ausdrücklich wurde ihm auch verboten, die Städte Elmshorn, Pinneberg, Uetersen und Wedel zu betreten. Er verlor Wohnsitz und Arbeitsstelle, wanderte zusammen mit seinem Bruder Hinrich unter Zurücklassung von Frau und zwei Kindern in die USA aus, wo er seinen Lebensunterhalt wieder als Zigarrenmacher verdiente. 1884 kehrte er zurück und gewann fast aus dem Stand bei der Reichstagswahl den Wahlkreis Elmshorn-Pinneberg, zu dem auch Wedel gehörte, gegen seinen nationalliberalen Konkurrenten. Er wurde eines von 35 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion. Seine Heimat hat er übrigens nie vergessen. Davon zeugt ein Debattenbeitrag im Reichstag, als er über die Sozialpolitik der Regierung folgendes äußerte: „Als ich Kind war und zuerst das Elbhochufer bei Schulau sah, glaubte ich, dass auch die Alpen nicht höher seien. Mit so kindlichen Augen wie ich die Schulauer Berge betrachtete, betrachten viele Leute politische Aufgaben. Auch Staatslenker sind nicht davon frei. Sie sehen in der Sozialpolitik schon ein Himalaya, wo der nüchterne Kritiker erst einen kleinen Hügel sieht."

Wiederholt besuchte er als Abgeordneter seine Heimatstadt. Ein Polizeibericht vom 11.10. 1891 berichtet vom Auftritt des Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr auf einer SPD-Versammlung bei Ramcke in Spitzerdorf. Nach Molkenbuhrs Rede wurde eine Tellersammlung zugunsten streikender Arbeiter angeregt, die Polizeisergeant Niemann sofort verbot, was dieser dem Landrat stolz berichtete.

Die erste größere Fabrik in Schulau wurde 1877 gegründet: Die Pulverfabrik Tinsdal auf einem Areal von 3,8 Hektar am heutigen Kraftwerk an der Elbe. Die Inhaber waren die Hamburger Kaufleute Klee und Köcher sowie der Bremer Tuchwarenfabrikant August Heinrich Schlu. Vom Gewerbe verstanden sie wenig, von Arbeitsschutz noch weniger. Am 6. Mai 1878 ereignete sich eine Riesenexplosion, die die gesamte Anlage zerstörte. Mitinhaber Schlu kam dabei ums Leben. Die Druckwelle wurde viele Kilometer weit wahrgenommen. Sogar der Reichstag beschäftigte sich mit der Explosion in Tinsdal. In der Folge gab es viele Prozesse, weil überall in der Umgebung Gebäude beschädigt worden waren. Die Fabrikation lag bis 1885 still, dann wurde die Firma von einem Konsortium aus dem

Ruhrgebiet fortgeführt, das anderswo mehrere Munitionsfabriken besaß. Hingewiesen wurde darauf, dass nun die Fabrik in erfahrene Hände gelangt sei. Im Übrigen gäbe es gute Gewinnaussichten, weil auch an einen möglichen Krieg gedacht werden müsse.

Die Sicherheitsvorrichtungen besserten sich, aber die Arbeitsbedingungen waren katastrophal schlecht. Eine Arbeitnehmervertretung wurde nicht zugelassen, gewerkschaftliche Zusammenschlüsse bekämpft. Es herrschte ein Herr- im- Hause- Verhältnis, das sich auch bei Wahlen zum Landtag oder Reichstag zeigte. Im einer von 250 Arbeiterinnen und Arbeitern besuchten Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschland bei Ramcke in Spitzerdorf berichtete der Zigarrenarbeiter Vagt von einem skandalösen Vorfall bei der Reichstagswahl 1889 , dass die Direktoren der Pulverfabrik ihre Arbeiter gemeinschaftlich zum Wahllokal geführt und bei der Wahlhandlung beaufsichtigt hätten. Diesen Bericht bestätigte in der Diskussion der Schneider Grube aus Wedel. Alle Diskussionsredner empfahlen, bei der Reichstagswahl 1890 Hermann Molkenbuhr zu wählen, was auch geschah. Die Direktoren von Pulver- und Zuckerfabrik setzten Spitzel an, um herauszufinden, wer sich von den Arbeitern einer Gewerkschaft angeschlossen hatte. Diesen Arbeitern drohte sofortige Entlassung. In einer Resolution der Arbeiterversammlung wurde unter großem Beifall die Entlassung dieser Spitzel gefordert. Versammlungsleiter Friebe rief zudem die Anwesenden auf, sich nicht einschüchtern zu lassen und Mitglied der Gewerkschaft zu werden. Entlarvt wurde auch der Versuch der Zuckerfabrikdirektion, die Arbeiter durch Gründung eines katholischen Arbeitervereins zu spalten.

In der erwähnten Versammlung erklärte sich übrigens der deutsch sprechende polnische Kollege Prusiewicz bereit, das Wesentliche aus Referat und Diskussion in die polnische Sprache zu übersetzen. Auf der Zuckerfabrik arbeiteten damals viele Männer, die aus Polen einwanderten.

Arbeiter Friebe appellierte an die Teilnehmer, sich am 1. Mai 1900 an der Demonstration der Gewerkschaften zu beteiligen. Aufgefordert wurde außerdem zur Solidarität mit verhafteten Kollegen. In einer Abschlussresolution stellten die Gewerkschaftler folgende Forderungen auf: Einführung des Acht-Stundentages für Menschen über 18 Jahren. Für 14- bis 18

Jährige sollte die Arbeitszeit auf sechs Stunden täglich begrenzt werden. Das bezog sich natürlich auf sechs Arbeitstage. Ein illustriertes Mai-Journal druckte ein Gedicht eines unbekannten Verfassers ab, in dessen Schlussstrophe es etwas pathetisch heißt:

Ein tröstlich Lied in Noth und Harm
Acht Stunden im Werkgetriebe
Acht Stunden in des Schlummers Arm,
Acht Stunden Leben und Liebe
Der alte Fluch der Mühsal sei
Durch Mühsal überwunden.
Bis die Verheißung einst im Mai
Zur Wahrheit wird: Acht Stunden.

In Wedel nahmen allerdings nur 72 Arbeiter und einige Frauen am Maiumzug teil, aber einen Auftrieb gab es schon ein Jahr später am 1. Mai 1901. Der Redner auf der Maikundgebung, Kollege Schaumburg aus Hamburg, ging auf die soziale Situation der Arbeiter ein, die sich dank des Kampfes der Arbeiterschaft verbessert habe. Die Reallöhne in Industrie und Landwirtschaft seien gestiegen. Die Arbeitszeit betrüge im Allgemeinen 11 Stunden, in einzelnen Industriezweigen 10 bzw. 9 Stunden. Aber sie müsse weiter gesenkt werden. Der Redner geißelte übrigens auch das Wohnungselend in den Städten, man erfahre, wie sich Heimarbeiter armselig ernährten und in einer Einzimmerwohnung sechs und in einer Zweizimmerwohnung mindestens zehn Personen hausten. Der Großkapitalismus habe sich in Deutschland so ausgebreitet, dass die Zahl der Millionäre immer weiter wachse, während die Arbeitslöhne niedrig blieben. Scharf geißelte der Redner auch die Arbeitsbedingungen in der Zuckerfabrik Schulau, die im ganzen Reich verrufen sei. Sie hätte ein Segen für die hiesige Gegend werden können. Unter diesen Umständen sei sie ein Fluch. Die Arbeiter erhielten einen Lohn, der mit zwei Mark am Tage nur knapp über denen von Tagelöhnern liege.

Montag, den 1. Mai 1905, Vormittags 9 Uhr:

Große öffentliche

Volks-Versammlung

für Wedel, Schulau und Umgegend

im Lokale des Herrn G. Heinsohn, „Zum Parnaß" in Schulau.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterklasse. Referent: Genosse Hagge.

NB. Frauen, Arbeiter, Parteigenossen erscheint massenhaft in dieser Versammlung.

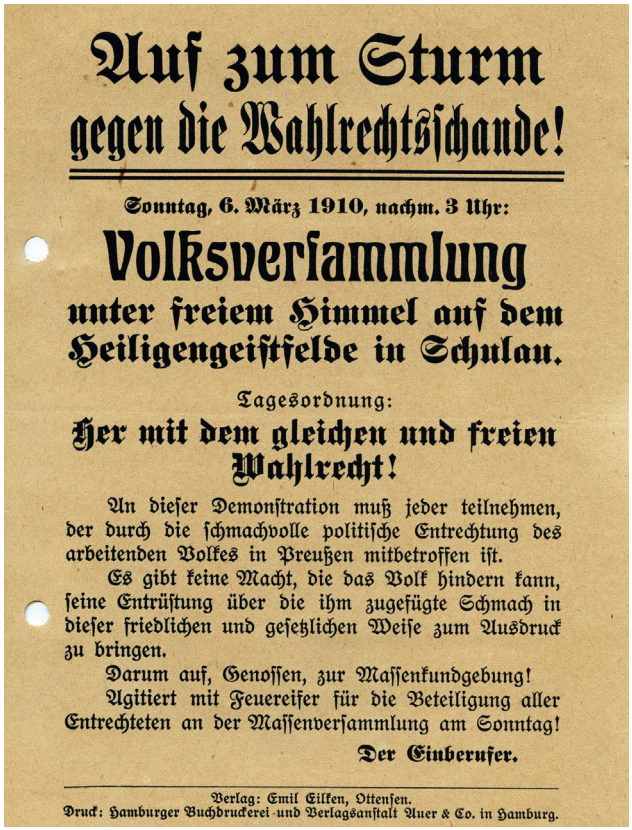
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Der Einberufer.

1905 wurde der 1.Mai im Saal gefeiert

1907 gab es den ersten großen Lohnstreik auf der Zuckerfabrik, der vom 18. Januar bis 18. Februar dauerte und mit einem Teilerfolg endete. Bemerkenswert ist die Länge des Streiks, denn es gab damals noch keine Streikkassen. Die Streikenden waren angewiesen auf die Solidarität der Kollegen aus anderen Betrieben und Branchen der nahen und weiteren Umgebung.
Weitere Streiks gab es vom 16. November bis 1. Dezember auf dem Gelände der Ölraffinerie. 33 Erdarbeiter legten die Arbeit nieder, auf derselben Baustelle streikten am 6. April zwölf Maler, weil ihre Firma sich weigerte, sich dem Lohntarif anzuschließen. Diese Arbeitsniederlegungen hatten offensichtlich Erfolg, denn zwei Tage später wurde die Arbeit wiederaufgenommen.

Neben den Streiks um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, um das allgemeine Wahlrecht, um Koalitions- und Versammlungsfreiheit rückten zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Themen Frauenrechte und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in den Forderungskatalog der Gewerkschaften auf. Durchgesetzt wurde 1911, dass die Krankengeldzahlung statt 13 Wochen künftig 26 Wochen zu erfolgen



Auf zum Sturm
gegen die Wahlrechtsschande!

Sonntag, 6. März 1910, nachm. 3 Uhr:

Volksversammlung
unter freiem Himmel auf dem Heiligengeistfelde in Schulau.

Tagesordnung:

Her mit dem gleichen und freien Wahlrecht!

An dieser Demonstration muß jeder teilnehmen, der durch die schmachvolle politische Entrechtung des arbeitenden Volkes in Preußen mitbetroffen ist.

Es gibt keine Macht, die das Volk hindern kann, seine Entrüstung über die ihm zugefügte Schmach in dieser friedlichen und gesetzlichen Weise zum Ausdruck zu bringen.

Darum auf, Genossen, zur Massenkundgebung!

Agitiert mit Feuereifer für die Beteiligung aller Entrechteten an der Massenversammlung am Sonntag!

Der Einberufer.

Verlag: Emil Eilken, Ottensen.
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Mobilisierung für eine Kundgebung unter freiem Himmel auf dem "Heiligengeistfeld" Schulau (heute Goethestraße)

habe. Seit die 3. Konferenz sozialdemokratischer Frauen Deutschland 1904 in Bremen tagte, stand für Frauen eine gesetzliche Festlegung des Zehn-Stundentages als Einstieg in den Achtstundentag auf dem Programm, ebenso die Beseitigung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klassen.

Hermann Molkenbuhr wurde 1907 auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei als einer von neun Genossen in den Parteivorstand er SPD gewählt. Vorsitzender war kein Geringerer als August Bebel, der mit seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ Wege zur Befreiung der Frau aufgezeigt hatte.

Unterbrochen wurde der Aufschwung der Arbeiterschaft und der Kampf um die Verbesserung ihrer sozialen Situation durch den Ersten Weltkrieg, der Hunger und Elend über die Menschen brachte. In Deutschland waren zwei Millionen Tote und 4,2 Millionen Verwundete zu beklagen, in Wedel kehrten 220 Männer nicht aus dem Krieg zurück. Die Kommunen waren daher in erster Linie damit beschäftigt, das Los der Frauen und Kinder zu erleichtern, die den Ernährer verloren hatten. Suppenküchen wurden eingerichtet, um zu verhindern, dass Menschen den Hungertod starben.

Nach dem Kriege lautete die Losung von Gewerkschaften und Sozialverbänden „Frieden und Brot“. Arbeiter- und Soldatenräte, die im Zuge der Revolution von 1918 überall im Lande, so auch in Wedel gebildet wurden, widmeten sich den sozialen Aufgaben mit großem Einsatz. In Wedel saß der Arbeiter- und Soldatenrat mit am Tisch, um die gerechte Verteilung von Lebensmitteln und Heizmaterial zu überwachen und zugleich die Stadtkasse zu kontrollieren. Mit der Niederschlagung der Revolution aber schwand der Einfluss des Arbeiter- und Soldatenrats nach kaum ei-

Maifeier 1913.

Wieder, wie seit zwei Jahrzehnten, ergeht an Euch, Ihr Arbeiter, der Ruf:

Auf zur Maifeier!

Unser Proletarierfest, das wir in langem zähem Ringen und erkämpft haben, für das wir schwere Opfer bringen mußten, wollen wir feiern, wie es sich gebührt, durch eine Kundgebung der gesamten Arbeiterklasse. Unsere Einigkeit und Geschlossenheit soll den feindlichen Mächten vor Augen geführt werden, soll ihnen zeigen, wie stark wir sind, die die Kultur und den wahren Fortschritt vertreten.

Denn dem Kulturgedanken entsprang die erste Anregung zur Maidemonstration. Alljährlich am 1. Mai feiern, so wurde auf dem Pariser internationalen Kongreß von 1889 beschlossen, die Arbeiter aller Länder in gemeinsamer Kundgebung ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft erheben und ihren Willen darlegen, sie durchzusetzen.

Wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung

war das erste Ziel, das die Vertreter des Proletariats aufstellten. Je intensiver die Arbeit wird, je entsetzter das Hasten und Drängen, desto mehr wird es zur Notwendigkeit, die Arbeiterklasse und damit den größten Teil der Bevölkerung vor dem körperlichen und geistigen Niedergang zu bewahren, und das kann, da die Ausbeutungswut des Kapitalismus durch Vernunftgründe nicht zu bekämpfen ist, nur durch gesetzliche Maßregeln geschehen.

Als oberste und notwendigste Maßregel dieser Art erscheint nicht nur nach dem Bedürfnis der Arbeiter selbst, sondern auch nach dem Urteil aller Fachleute auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege die

Einschränkung der Arbeitszeit.

Noch immer gibt es Betriebe, in denen die Arbeiter zwölf und mehr Stunden täglich in heißester Fron zubringen müssen. Noch immer gibt es ganze Arbeiterkategorien, bei denen von einem Familienleben, einer häuslichen Erziehung der Kinder gar nicht die Rede sein kann, weil die Fabrik alle Zeit in Anspruch nimmt. Da bleibt kaum Frist für die nötigste körperliche Ruhe, geschweige denn für Erholung und für geistige Fortbildung. Da ist keine Möglichkeit, sich zu erheben, teilzunehmen an der Entwicklung der Kultur, sich zu unterrichten über die Notwendigkeiten des Staatslebens, an dem mitzuwirken doch jeder berufen ist.

Der Achtstundentag

ist als das geeignete Maß der Arbeitsdauer in wissenschaftlichen Kreisen und durch die Erfahrung längst anerkannt, und deshalb hat ihn der Pariser Kongreß mit Recht an die Spitze der Forderungen gestellt, die das internationale Proletariat zu erheben hat.

Aber nicht nur für diese Arbeiterschutzgesetzgebung demonstrieren wir, wenn wir am 1. Mai uns versammeln. Die

Gemeinsamkeit der Feier

in allen Kulturländern gibt ihr ihre besondere Bedeutung. Ueberall, wo klassenbewußte Arbeiter sind, wird auch der 1. Mai begangen als der

Weltfeiertag,

an dem der Gedanke der internationalen Solidarität, der brüderlichen Gesinnung des arbeitenden Volkes jeder Sprache und jedes Stammes vornehmlich zum Ausdruck kommt. In der Erkenntnis, daß Interessengegensätze zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder nicht bestehen, wohl aber ein gemeinsamer Gegensatz gegen den Kapitalismus und seine Nutznießer, hat das Proletariat sich längst als Einheit gefühlt und hat auch begonnen, sich international zu organisieren zur gemeinsamen Bekämpfung seiner Gegner. Das Märchen, daß die trennenden Grenzpfähle notwendigerweise die Völker zu Fremden oder gar zu Feinden machen müssen, hat es durchschaut und ist darum zur

größten Friedensmacht der Welt

geworden, die durch ihr Dasein allein für die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens wirkt. Zu der Zeit, als infolge des Balkankrieges ein Zusammenstoß der europäischen Großmächte drohte, als da und dort schon der Nationalhaß aufgestachelt wurde, hat der

internationale Sozialistenkongreß in Basel

den Willen und die Entschlossenheit des europäischen Proletariats kundgegeben, mit **allen** irdischen Mitteln die Kriegsgefahr zu bekämpfen, den Ausbruch eines Krieges unter den Kulturvölkern zu verhindern. Diese machtvolle

Friedensdemonstration

hat sicherlich nicht wenig dazu beigetragen, die Kriegslustigen zu ernüchtern und von wahnwitzigen Abenteuern zurückzuhalten. Dieser Erfolg zeigt uns, wie richtig der Weg ist, den die Internationale der Arbeit von Anfang an eingeschlagen hat; er zeigt uns aber auch, wie wichtig es ist, daß das Proletariat immer und immer wieder seine Stimme erhebt, mahnend, aber auch drohend, wenn die Mahnung kein Gehör findet.

Und so gilt es, die diesjährige Maifeier ganz besonders zu einer Kundgebung

gegen den Militarismus

zu gestalten. Wieder hat in Europa eine Aera des **Wettrüstens** begonnen, zu der die **deutschen Militaristen** den Anstoß gegeben. Ehrenpflicht der **deutschen Sozialdemokraten** ist es darum, in erster Linie den Kampf gegen den Militarismus zu führen und das ganze werktätige Volk aufzurütteln, ihm zu zeigen, wie es seine Kinder und den Ertrag seiner Arbeit dem Ehrgeiz und Eigennutz der Militaristen opfern soll. Wir sehen, wie **alle** bürgerlichen Parteien Deutschlands, oder vielmehr deren Vorsitzer, geneigt sind, den militärischen Forderungen der Regierung nachzukommen. Selbst die **Fortschrittler**, die „entschiedenen Liberalen“, wie sie sich so gern nennen, sind bereit, nach einigem Sperren und Hören ja zu sagen, sowohl es sich um die Vermehrung der Kasernenarme handelt. Sind es doch nicht ihre Söhne, die zwei oder drei Jahre lang von der Welt abgeschlossen und zu Maschinen gemacht werden; **sie** haben sich ja ihr Einjährigenprivilegium gewahrt, und wie es den andern geht, kümmert sie wenig. Und was die ungeheuren finanziellen Lasten betrifft, die die Heeresvermehrung mit sich bringt, so wird man wie immer schon Mittel und Wege finden, sie auf die breite Masse des werktätigen Volks abzuwälzen und die Reichen möglichst zu schonen.

Schon jetzt erkennen wir klar, daß die einmalige Vermögensabgabe, der sogenannte Wehrbeitrag, nichts anderes ist als ein trügerisches Wort, um erst einmal die Stimmung für die Heeresvermehrung zu erzeugen. Bereits ist die Abgabe**pflicht** der Fürsten, die meistens Millionenvermögen haben, verschwunden; bereits hören wir von der „Kapitalflucht“ ins Ausland, wodurch die Industrie- und Bankinteressen sich der Steuer entziehen; bereits wird erörtert, wie die infolge der Wucherzölle enorm im Wert gestiegenen großen Güter von der Abgabe ganz oder teilweise befreit werden könnten — und so wird, nachdem das Schachern erst in Gang gekommen ist, bald nur noch eine Vermögensabgabe bleiben, die den Mittelstand trifft. Die laufenden Ausgaben werden aber unverschleiert wieder aus indirekten Steuern und Zöllen bestritten werden, darauf läuft das ganze Verhandeln hinaus.

Doch nicht nur wegen der persönlichen und finanziellen Lasten, die er dem Volke auferlegt, ist der Militarismus zu bekämpfen, sondern mehr noch, weil er eine ständige

Bedrohung des Weltfriedens

ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Berufssoldaten, die Offiziere, die in den modernen Riesenheeren eine gewaltige Zahl ausmachen und von jeher eine streng geschlossene Kaste bilden, das Streben haben, einmal auch die Vernichtungsmaschine, die sie leiten, in Tätigkeit treten zu lassen. Und ihr Einfluß auf die Herrschenden ist groß und wird immer größer. Ferner hat der Militarismus für seine Existenz und für seine Ausdehnung eine chauvinistische, mordspatriotische Stimmung im Volk oder vielmehr in der Bourgeoisie nötig. Wie diese erzeugt wird und welche Gefahr für den Frieden sie bildet, dafür haben die

Flugblatt des ADGB

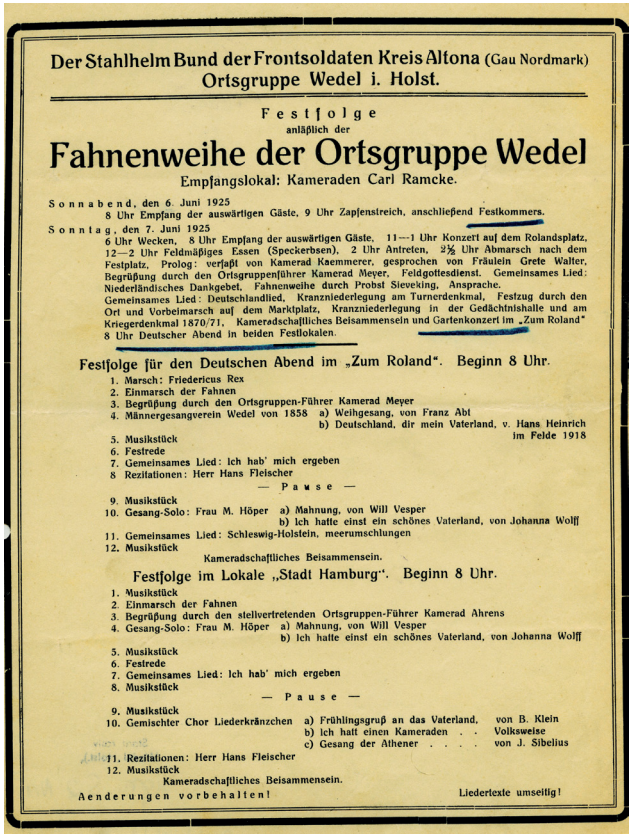
nem Jahr. Übrigens gehörte auch Molkenbuhr – allerdings in Berlin – dem Arbeiter- und Soldatenrat an. Mit einem Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrates konnte er einen wichtigen Auftrag seiner Partei erledigen: die Kaiser-Tochter Auguste Victoria bis an die holländische Grenze zu begleiten. Die Partei wollte verhindern, dass der Kaiser-Tochter etwas zustoßen könnte, was später gegen die sozialistische Bewegung verwandt werden könne.

Die Gewerkschaften, die ab 1919 erst nach und nach wieder entstanden, kämpften um höhere Löhne, denn Löhne und Gehälter waren bis zu 50 Prozent niedriger als vor dem Kriege.

1919 waren die Mächtigen in Wirtschaft und Politik gezwungen, soziale Zugeständnisse zu machen, um ihre Herrschaft im Staat aufrecht zu erhalten. So wurde in jenem Jahr erstmals ein Betriebsrätegesetz beschlossen, das den Arbeitnehmern formale Mitspracherechte einräumte.

Verzweifelt versuchten es die einstigen Kaisertreuen Militärs, die Generale Kapp und Lüttwitz, mit einem Putsch die Macht an sich zu reißen. Die Antwort der Arbeiter war vom 15. bis 18. März 1920 ein Generalstreik, an dem sich auch fast alle Belegschaften der Wedeler Betriebe beteiligten. 1.100 Arbeiter und Arbeiterinnen legten in Wedel die Arbeit nieder.

Bald nach dem Krieg wurden in Wedel zwei Vereine gegründet, die bis heute – mit Unterbrechung durch die Nazizeit gemeinsam mit dem DGB zum Sozialen Netzwerk gehören: Der Mieterverein Wedel, der im vorigen Jahr sein 90 jähriges Bestehen feierte und die Arbeiterwohlfahrt, die offiziell schon 1913 entstand, aber im Ersten Weltkrieg nur eine geringe Wirksamkeit entfalten konnte. Sie kümmerten sich um die Verteidigung der schwer erkämpften sozialen Errungenschaften und halfen zugleich persönlich in Not geratenen Menschen. Die Gründung des Mietervereins war eine Antwort auf den Zusammenschluss der Haus- und Grundeigentümer zu einem Verein. Die AWO erwies sich in den zwanziger Jahren als eine Notgemeinschaft gegen Hunger und Armut. Ich erinnere an Nähstuben und Volksküchen der AWO, die vor allem Arbeitslose, Kriegerwitwen und kinderreiche Familien unterstützten. 1923, als die AWO in Wedel entstand, war Arbeitslosigkeit ein riesiges gesellschaftliches Problem. Ich versage es mir aus Zeitgründen, näher darauf einzugehen. Schwerstarbeit auf sozialem Gebiet hatte die AWO zu leisten als am 22. März 1932 die Betreibergesellschaft der



Der Stahlhelm Bund der Frontsoldaten Kreis Altona (Gau Nordmark)
Ortsgruppe Wedel i. Holst.

Festfolge
anläßlich der

Fahnenweihe der Ortsgruppe Wedel

Empfangslokal: Kameraden Carl Ramcke.

Sonnabend, den 6. Juni 1925
8 Uhr Empfang der auswärtigen Gäste, 9 Uhr Zapfenstreich, anschließend Festkommers.

Sonntag, den 7. Juni 1925
6 Uhr Wecken, 8 Uhr Empfang der auswärtigen Gäste, 11—1 Uhr Konzert auf dem Rolandsplatz, 12—2 Uhr Feldmäßiges Essen (Speckerbsen), 2 Uhr Antreten, 2½ Uhr Abmarsch nach dem Festplatz, Prolog: verfaßt von Kamerad Kaemmerer, gesprochen von Fräulein Grete Walter, Begrüßung durch den Ortsgruppenführer Kamerad Meyer, Feldgottesdienst, Gemeinsames Lied: Niederländisches Dankgebet, Fahnenweihe durch Probst Sieveking, Ansprache. Gemeinsames Lied: Deutschlandlied, Kranzniederlegung am Turnerdenkmal, Festzug durch den Ort und Vorbeimarsch auf dem Marktplatz, Kranzniederlegung in der Gedächtnishalle und am Kriegerdenkmal 1870/71, Kameradschaftliches Beisammensein und Gartenkonzert im „Zum Roland"
8 Uhr Deutscher Abend in beiden Festlokalen.

Festfolge für den Deutschen Abend im „Zum Roland". Beginn 8 Uhr.

1. Marsch: Friedericus Rex
2. Einmarsch der Fahnen
3. Begrüßung durch den Ortsgruppen-Führer Kamerad Meyer
4. Männergesangverein Wedel von 1858 a) Weihgesang, von Franz Abt
   b) Deutschland, dir mein Vaterland, v. Hans Heinrich im Felde 1918
5. Musikstück
6. Festrede
7. Gemeinsames Lied: Ich hab' mich ergeben
8. Rezitationen: Herr Hans Fleischer

— Pause —

9. Musikstück
10. Gesang-Solo: Frau M. Höper a) Mahnung, von Will Vesper
    b) Ich hatte einst ein schönes Vaterland, von Johanna Wolff
11. Gemeinsames Lied: Schleswig-Holstein, meerumschlungen
12. Musikstück

Kameradschaftliches Beisammensein.

Festfolge im Lokale „Stadt Hamburg". Beginn 8 Uhr.

1. Musikstück
2. Einmarsch der Fahnen
3. Begrüßung durch den stellvertretenden Ortsgruppen-Führer Kamerad Ahrens
4. Gesang-Solo: Frau M. Höper a) Mahnung, von Will Vesper
   b) Ich hatte einst ein schönes Vaterland, von Johanna Wolff
5. Musikstück
6. Festrede
7. Gemeinsames Lied: Ich hab' mich ergeben
8. Musikstück

— Pause —

9. Musikstück
10. Gemischter Chor Liederkränzchen a) Frühlingsgruß an das Vaterland, von B. Klein
    b) Ich hatt einen Kameraden . . Volksweise
    c) Gesang der Athener . . . . von J. Sibelius
11. Rezitationen: Herr Hans Fleischer
12. Musikstück

Kameradschaftliches Beisammensein.

Aenderungen vorbehalten! Liedertexte umseitig!

"Der Stahlhelm" breitet sich aus

Zuckerfabrik beschloss, die Raffinerie in Schulau zu schließen. Bürgermeister Eggers warnte vor den Folgen. Die Zahl der Arbeitslosen werde dann die Zahl Tausend weit überschreiten und das bei einer Einwohnerzahl von 7.700.

Am 2. Mai 1933 stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und beschlagnahmten das Vermögen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB und der Roten Gewerkschaftsopposition. Verboten wurde als sozialdemokratisch orientierte Einrichtung auch die AWO.

An die Stelle der Gewerkschaften setzte das NS-Regime die Deutsche Arbeitsfront (DAF). Sie wurde am 10. Mai 1933 unter die Schirmherrschaft Hitlers gestellt. Schon nach kurzer Zeit zeigte sich, dass von der Zerschlagung der Gewerkschaften nur die Unternehmer profitierten. Die Funktion der DAF bestand nicht darin, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten und in Auseinandersetzung mit den Unternehmern und Staat durchzusetzen. Ihre Aufgabe war es, den „sozialen Ausgleich" herzustellen, den „Arbeitsfrieden" zu sichern und dadurch die angebliche „natürliche Betriebsgemeinschaft" von Arbeitern und Unternehmern zu festigen, wie Robert Ley dieses Verhältnis nannte. Wer dagegen anging ,,bekam es mit der Gestapo zu tun, wie im Jahre 1936 die Wedeler Junggärtner, die in den Streik traten, um höhere Löhne zu erkämpfen. Als sie im Strandbad auch noch Unterstützungsunterschriften zu sammeln wagten, alarmierte Gärtnerführer Körner den Kreisbauernführer, dieser wiederum Polizei und die Gestapo in

Plakat der Deutschen Arbeitsfront

Altona, die ihre Anführer, die Junggärtner Schneider und Böke festnahmen um sie, wie es hieß „auf das Unzulässige“ ihres Tuns hinzuweisen. Während Böke das eingesehen haben soll, habe Schneider ein „freches Auftreten“ gezeigt. Schneider wurde daraufhin verhaftet. Zwei Tage später wurden zwei weitere Junggärtner in Haft genommen. Auch ihnen wurde, wie Bürgermeister Dr. Ladwig in seinem Bericht mitteilte, das Unzulässige ihres Tuns „gründlich und erfolgreich vorgehalten.“ Das Verbotene der Handlung der Junggärtner war, dass sie sich darüber beschwerten, dass in Wedel nur fünf Junggärtner nach Tarif bezahlt würden, die anderen weit darunter.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus entstand die Gewerkschaftsbewegung neu. Noch vor dem Gründungskongress des DGB, der vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München stattfand, stand die künftige Organisationsstruktur fest. 16 Industrieverbände hatten sich bundesweit konstituiert und gründeten mit dem DGB den Dachverband, dessen Vorsitzender Hans Böckler wurde. Verabschiedet wurde ein Grundsatzprogramm, das die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen forderte und die Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung zum Ziel erklärte. Darüber hinaus Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunter-

Hakenkreuz wird vom Hamburger Gewerkschaftshaus beseitigt

halts für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht mehr Arbeitsfähigen.

Bereits am 1. Mai 1949 herrschte eine positive und kämpferische Grundstimmung, die sich bei uns in Wedel in einer mächtigen Demonstration ausdrückte. Das Stadtarchiv verfügt erst seit kurzem über einige Bilder dieser Maidemonstration 1949. Im Mittelpunkt der Demonstration, an der sich 450 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beteiligten, stand die Forderung nach Mitbestimmung. 1954 hatte die IG Metall unter ihrem Vorsitzenden Otto Brenner ein Aktionsprogramm beschlossen, das die Mitbestimmung zwar immer noch zur Forderung erhob, aber an die erste Stelle den Kampf um kürzere Arbeitszeit setzte. Ziel war die Fünf-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit täglich achtstündiger Arbeitszeit. Wir kennen die Losung „Samstags gehört Vati mir“. Zugleich ging es um größere soziale Sicherheit. Dass man dafür mit Erfolg kämpfen konnte, zeigte sich

Maikundgebung 1949 auf dem Schulauer Marktplatz
Foto: Grote

1949: Maidemonstration durch Wedel Foto: Grote

1956, als die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins in einem 16-wöchigen Streik die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für die gewerblichen Arbeitnehmer erstritten die bisher nur Angestellten gesetzlich garantiert worden war. An diesem Erfolg waren die Wedeler Metaller maßgeblich beteiligt. In beispielhafter Geschlossenheit gingen u.a. die gewerblichen Arbeitnehmer von J.D. Möller aus dem Betrieb, als die IG Metall dazu aufrief. Die bisherige Regelung betrachteten die Kollegen als Diskriminierung. Verbunden mit der Lohnfortzahlung für die Arbeiterinnen und Arbeiter wurde zusätzliches Urlaubsgeld und die Verlängerung des Urlaubs gefordert. Zuvor hatte eine Mehrheit im Bundestag die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten stets abgelehnt.

Die IG Metall führte den Streik als Schwerpunktstreik durch. Zu Beginn wurde die Arbeit auf den Werften in Kiel und Lübeck niedergelegt. Dann folgten Rendsburg, Flensburg und Lauenburg. Die Optischen Werke J.D. Möller in Wedel stellten sich am 28. November 1956 in die Streikfront. Ende des Jahres 1956 befanden sich 28.000 Arbeiter im Ausstand. In so genannten Mitarbeiterbriefen, die an jede Kollegin und jeden Kollegen geschickt wurden, flehten die Firmeninhaber, so auch Hugo Möller, ihre Arbeiterinnen und Arbeiter an, sie sollten doch ihr Unternehmen vom Streik aus-

Illustrierte Geschichte des Ersten Mai Asso-Verlag

nehmen, weil sonst eine wirtschaftliche Katastrophe zu befürchten sei. Zugleich

drohte Möller mit Entlassungen. Den Streikbrechern aber bot er eine dauerhafte Sicherung des Arbeitsplatzes an. Die Unternehmer spekulierten darauf, dass die Frauen wegen der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage ihren Männern die Solidarität aufkündigen würden Aber auf allen Gebieten blieben die Unternehmer erfolglos.
Was die Solidarität betrifft, sie war auch in Wedel einmalig, der, der sie erlebt hat, wird diese Zeit nicht vergessen. Da kamen Lastkraftwagen von Gewerkschaftskollegen aus Bayern und Baden-Württemberg. Sie

Aus "Streiknachrichten 1956"

brachten Grußschreiben mit, aber auch Geld, Lebensmittel und Spielzeug für die Kinder der Streikenden. Spenden kamen auch aus der DDR, weil der Schweriner Rundfunk mehr über den Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein berichtete als der Nordwestdeutsche Rundfunk.
Solidarisch verhielten sich übrigens auch die Angestellten von J.D. Möller. So berichtete die 2011 verstorbene Kollegin Fernande Heiseke, die Mitglied der Streikleitung war, dass die Angestellten morgens die ersten waren, die den frierenden Streikposen heißen Tee und Brötchen brachten. Ihre aufmunternden Worte taten allen gut, sagte sie. Daran erinnert sich DGB Vorsitzende Peter Albrecht, der damals Lehrling war und nicht mit streiken durfte.
Gerade zum Weihnachtsfest wurde die Hilfe dankbar empfunden. Unvergesslich blieben den Streikenden die Weihnachtsfeiern der IG Metall in den Roland-Lichtspielen und in Köhlers Gasthof.
In einer Rede in Kiel nach dem erfolgreichen Streikabschluss sagte der Kollege Alois Wöhrle, 2. Vorsitzender der IG Metall: „Dieser bis heute längste hart geführte Arbeitskampf , der von einer breiten nationalen und internationalen Solidaritätsbewegung unterstützt und mit Erfolg beendet

wurde, hatte auch Auswirkungen auf das Bewusstsein der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht nur im norddeutschen Raum.“ Nur wenige Monate später – am 26. Juni 1957 – verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall.“ Dadurch wurde die Ausstrahlungswirkung des Streiks noch unterstrichen. Ohne ihn hätte hier der soziale Fortschritt noch längere Zeit auf sich warten lassen. Das Jahr 1956 war darüber hinaus für die Gewerkschaften der Beginn des Kampfes um Verkürzung der Arbeitszeit für die Lohnabhängigen. In diesem Jahr gelang es, die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden zu verkürzen. Am 28. August 1958 folgte das Bad Sodener Abkommen zur Begrenzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Metallindustrie, am 1. Juli 1962 wurde eine Wochenarbeitszeit von 42,5 Stunden vereinbart, ab 1. Januar 1964 galt eine Wochenarbeitszeit von 41,5 Stunden und ab 1. Januar 1967 die 40-Stunden-Woche. 1985 fiel nach Warnstreiks, an denen sich auch die Belegschaften Wedeler Betriebe beteiligten, das Dogma der 40-Stunden-Woche. Schrittweise sollte die 35 – Stunden-Woche gelten. Aber die Unternehmer weigerten sich. So gab es Warnstreiks, an denen 1987 430 Kolleginnen und Kollegen der Firma J.D. Möller teilnahmen. „Europa braucht die 35-Stunden- Woche" betonte die IG Metall und verwies auf die wachsende Arbeitslosigkeit in allen europäischen Ländern. Hart wurde um die Arbeitszeitverkürzung

Populäres Plakat des DGB für Arbeitszeitverkürzung

gekämpft. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland Export-Weltmeister ist und die deutsche Wirtschaft weiter boomt, stellte die IG Metall die Frage: 35-Stunden-Woche – wenn Ja, wenn nicht jetzt ?“ Wie hart um Arbeitszeitverkürzung gekämpft wurde, das sah man an den vielfältigen Aktionen, Demonstrationen und Streiks der IG Metall, auf die die Unternehmer sogar mit Aussperrungen antworteten. Der ehemalige 1. Bevollmächtigte der IG Metall Küste, Frank Teichmüller beim Arbeitnehmerempfang 2011 auf die Tatsache hinwies, dass alle sozialen Rechte hart erkämpft werden mussten – auch gegen Mehrheiten in den Parlamenten – beginnend mit Koalitions-, und Streikrecht, dem allgemeinen freien Wahlrecht, der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung, Verbot der Kinderarbeit, Arbeitsschutzgesetz, Betriebsrätegesetz, Betriebsverfassungsgesetz und andere soziale Errungenschaften. Nichts ist ohne Solidarität erreicht worden. Das geht bis in unsere jüngste Vergangenheit. Immer war das Ortskartell des DGB organisierende Kraft der Solidarität, ganz gleich, wer den Vorsitz hatte, ob Karl Reckwardt, Hans-Joachim Feilke, Hans Hoff, Irmgard Jasker oder Peter Albrecht. Sie sorgten immer dafür, dass der DGB im öffentlichen Leben der Stadt eine wichtige Rolle spielte. Belege dafür sind die Arbeitnehmerempfänge im Rathaus, die regelmäßigen Informationsgespräche der Bürgermeister Jörg Balack und Niels Schmidt. Nicht zu vergessen das Soziale Netzwerk, in das der DGB-Ortsverein fest eingebunden ist. Seite an Seite mit AWO und Sozialverband, mit Arbeitslosen-Selbsthilfe, Mieterverein Wedel, Seniorenbeirat, dem Diakonischen Werk und vielen anderen sozialen Einrichtungen findet jedes Jahr ein Sozialmarkt statt, auf dem man sich über soziale Rechte informieren kann, was gerade in Krisenzeiten notwendig ist, um soziale Errungenschaften gemeinsam zu verteidigen. Gemeinsam bedeutet mit allen Organisationen und zusammen mit Kolleginnen und Kollegen ausländischer Herkunft, die nicht als störender Faktor behandelt werden sondern als Bereicherung unserer Kultur. „Mach meinen Kumpel nicht an“, diese Buttons waren vor Jahren deutliches Zeichen des Widerstandes gegen Diskriminierung.